



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/2878

Der Landtag wolle beschließen:

Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auf Landesebene

Die Landesregierung wird gebeten, zur Umsetzung der DSGVO in den Ausschüssen für Inneres und Sport, für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien umfassend Bericht zu erstatten.

Begründung

Die EU-Datenschutzgrundverordnung dient der Vereinheitlichung der europäischen Datenschutzstandards, um die Informations- und Auskunftsrechte der Verbraucher zu stärken und die Transparenz im Umgang mit Daten auszubauen. Die Geltung der DSGVO ab dem 25. Mai 2018 erfordert Anpassungen sowohl auf bundesgesetzlicher als auch auf landesgesetzlicher Ebene, die schon zum Teil umgesetzt wurden. Bereits seit zwei Jahren läuft eine Übergangsphase.

Welche Anpassungen auf Landes- aber auch Bundesebene noch nötig bzw. möglich sind und wie der aktuelle Sachstand hierzu ist, möge die Landesregierung berichten.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN